

**Öffentliche Niederschrift über die
10. Sitzung des Kreistages (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 01.02.2021 im Saarburg.**

Beginn: **16:06** Uhr

Ende: **17:53** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Scharz

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Martin Alten

Herr Wolfgang Benter

Herr Gerd Benz Müller

Herr Dirk Bootz

Herr Boris Bulitta

Herr Matthias Daleiden

Herr Jürgen Dixius

Herr Markus Franzen

Frau Stephanie Freytag

Frau Heike Gleißner

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Herr Christian Kiefer

Herr Dieter Klever

Frau Alexandra Lehnen

ab 16:55 Uhr (TOP 8)

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Stefan Metzdorf

Herr Paul Neumann

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Herr Kaspar Portz

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Lars Rieger

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Achim Schmitt
Herr Arnold Schmitt
Herr Andreas Steier
Herr Markus Thul
Herr Joachim Trösch
Frau Edith van Eijck
Herr Joachim Weber
Frau Martina Wehrheim
Frau Elke Winnikes
Herr Alfred Wirtz

ab 16:14 Uhr (TOP 4)

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger
Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Verwaltung

Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Christoph Fuchs	Büroleiter
Herr Thomas Müller	Pressestelle
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III
Herr Alois Zehren	Leiter der Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales

Gäste

Herr Georg Bauer	
Herr Harald Jansen	Trierischer Volksfreund

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Michael Holstein	entschuldigt
Herr Safak Karacam	entschuldigt
Herr Sascha Kohlmann	entschuldigt
Frau Christine Schmitt	entschuldigt
Frau Lena Weber	entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreistages und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Medien.

Die zur Unterzeichnung der Niederschrift bestimmten Kreistagsmitglieder, Frau Alexandra Lehnen (CDU) sowie Herr Uwe Roßmann (SPD) sind anwesend. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Der **Landrat** stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Die Linke-Kreistagsfraktion am heutigen Tag den „Antrag auf einen Prüfauftrag und die Vorlage eines Konzeptes für die Re-kommunalisierung der Reinigungsleistungen“ zur heutigen Sitzung des Kreistages gestellt habe. Es sei bei diesem Antrag keine Dringlichkeit gemäß § 27 Abs. 7 LKO festzustellen. Aus diesem Grund schlage er vor, dass dieser Antrag abgelehnt werde.

Der **Kreistag** beschließt mehrheitlich bei 44 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimmen die Ablehnung des Antrages.

Redezeiten für die heutige Sitzung seien in der letzten Kreisausschusssitzung zum Tagesordnungspunkt 8 „Beratung über den Kreishaushalt 2021“ vereinbart worden, so der **Landrat**. Sie werden jedoch wegen der aktuellen Corona-Pandemie auf die reguläre und nicht die sonst üblichen Haushaltsredezeiten verringert.

Ferner weist der **Landrat** auf die getroffenen Hygienemaßnahmen zur heutigen Sitzung hin.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **Mitteilungen des Landrates**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Nachwahlen; Vorlage: 0005/2021**
4. **Satzungsänderung Kreismusikschule; Vorlage: 0481/2020/2**
5. **Termin für die Wahl der Landrätin/des Landrats am 26.09.2021
Vorlage: 0484/2020/1**
6. **Vereinbarung über die Einrichtung eines gemeinsamen Impfzentrums
Vorlage: 0010/2021/1**
7. **Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2021; Vorlage: 0041/2021**
8. **Beratung über den Kreishaushalt 2021; Vorlage: 0002/2021/2**
9. **Informationen und Anfragen**

- 9.1. Information über eine Eilentscheidung - Zahlung von Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege; Vorlage: 0015/2021
- 9.2. Information über eine Eilentscheidung - Fortzahlung der Entgelte im Bereich Kindertagespflege; Vorlage: 0016/2021
- 9.3. weitere Informationen und Anfragen

Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Landrates

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die als Tischvorlage den Mitgliedern zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Landrates. Insbesondere geht er darauf ein, dass sich die aktuelle Situation in der Corona-Pandemie für den Landkreis Trier-Saarburg sowie die Stadt Trier deutlich entspannt habe. Die Inzidenzen seien in beiden Gebietskörperschaften deutlich unter dem Wert von 50 Neuinfektionen pro Woche. Ferner teilt er mit, dass die Kreisverwaltung Trier-Saarburg eine neue Internetseite mit modernem Design präsentieren könne. Überdies informiert er über die Unterstützung der Stiftung „Zukunft in Trier-Saarburg“ für Musikvereine im Landkreis in Kooperation mit dem Kreismusikverband.

Die **Mitglieder des Kreistages** nehmen die Informationen zur Kenntnis.

2. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Es liegen weder Informationen noch Anfragen seitens der Bevölkerung vor.

3. Nachwahlen; Vorlage: 0005/2021

Protokoll:

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in offener Abstimmung über die Nachwahl zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden solle.

Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) schlägt wie folgt vor:

Rechnungsprüfungsausschuss:

Stellvertreter

Herr Markus Lehnen

Jugendhilfeausschuss

Stellvertreterin

Frau Iris Molter-Abel

Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien (Schulträgerausschuss)

Mitglied

Herr Guido Wacht

Bauausschuss

Mitglied

Herr Bernhard Henter (MdL)

Vergabeausschuss

Stellvertreter

Herr Mario Maxmini

Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie

Stellvertreter

Herr Hartmut Heck

Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind die aufgeführten Personen gewählt.

Die an der heutigen Sitzung teilnehmenden Mitglieder nehmen die Wahl an.

4. Satzungsänderung Kreismusikschule; Vorlage: 0481/2020/2

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien (Schulträgerausschuss) sowie des Kreisausschusses beschließt der Kreistag auf Grundlage der vorliegenden Synopse eine Satzungsänderung in den angeführten Punkten zum 01.04.2021, mit Ausnahme der seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Gebührenerhebung um 5 %.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Termin für die Wahl der Landrätin/des Landrats am 26.09.2021
Vorlage: 0484/2020/1

Protokoll:

Der **Landrat** begibt sich aufgrund des § 9 der Geschäftsordnung für den Kreistag i. V. m. § 29 Abs. 3 Nr. 2 LKO in den Zuhörerraum. Für die Dauer der Beratung und der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Erste Kreisbeigeordnete Thiel (CDU) den Vorsitz.

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 18.01.2021 der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vorzuschlagen, die Wahl der Landrätin/des Landrats des Landkreises Trier-Saarburg gemeinsam mit der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 durchzuführen zu lassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der ADD Trier den entsprechenden Terminvorschlag frühzeitig abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Vereinbarung über die Einrichtung eines gemeinsamen Impfzentrums
Vorlage: 0010/2021/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der in der Anlage 1 zur Vorlage beigefügten Vereinbarung über die Einrichtung und den Betrieb eines Impfzentrums zur Durchführung der Schutzimpfung gegen SARS-CoV-2 in der Stadt Trier und im Landkreis Trier-Saarburg mit Wirkung ab dem 01.12.2020 zu.
2. Der Kreistag bevollmächtigt den Landrat, die in der Anlage 2 zur Vorlage beigefügten Zweckvereinbarung über die Einrichtung und den Betrieb eines Impfzentrums zur Durchführung der Schutzimpfung gegen SARS-CoV-2 in der Stadt Trier und im Landkreis Trier-Saarburg abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen

7. Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2021; Vorlage: 0041/2021

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung sowie die beiden eingereichten Vorschläge. Es seien Stellungnahmen der jeweiligen Fachabteilung dazu verfasst worden. Er sei erfreut darüber, dass aus der Bevölkerung Eingaben gekommen seien.

Die **Kreistagsmitglieder** nehmen die Informationen zur Kenntnis.

8. Beratung über den Kreishaushalt 2021; Vorlage: 0002/2021/2

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage nebst Anlagen der Verwaltung. Er spreche allen Mitarbeitenden der Kreisverwaltung einen Dank für die in der Corona-Pandemie geleisteten Arbeit aus. Es finde ein gewinnbringender Austausch unter den einzelnen Abteilungen statt. Im Landkreis Trier-Saarburg sowie der Stadt Trier gebe es sehr niedrige Inzidenzzahlen, da sich die Bevölkerung vorbildlich an die gesetzten Auflagen halte. Ferner verzeichne der Landkreis sowie die Stadt Trier eine der landesweit höchsten Impfraten. Besonders im Fokus stehen derzeit das Impfzentrum, das Gesundheitsamt, die Kreisordnungsbehörde sowie die Schulen. Zusammen mit den Ordnungsämtern der Verbandsgemeindeverwaltungen seien diese Mitarbeitenden täglich bemüht, die Pandemie Stück für Stück einzudämmen. Im Kreishaushaltsplan 2021 sei ein wichtiger Schwerpunkt auf den Ausbau der Infrastruktur des Landkreises gelegt worden. Der Breitbandausbau werde weiter forciert. Im Bereich der Schulen seien die Breitbandnutzung sowie die Digitalisierung auf den Weg gebracht worden. In dieser Hinsicht sei der Landkreis Trier-Saarburg landesweit Vorreiter. Die Kreisverwaltung könne derzeit 250 Homeoffice-Plätze zur Verfügung stellen, was im Landesvergleich ebenfalls sehr gut ausfalle. In diesen Bereichen habe der Kreistag in den vergangenen Jahren wegweisende Beschlüsse gefasst. In diesem Rahmen weise er auf einen Termin zur Eröffnung des Coworking-Spaces in Trittenheim am 04.02.2021 hin. Weitere Räumlichkeiten in verschiedenen Orten des Landkreises werden in diesem Jahr folgen. Diesbezüglich gebe es gehäuft Anfragen aus dem ganzen Kreisgebiet zu diesem Thema. Ferner seien im Kreishaushaltsplan 2021 Mittel für die Schul-EDV sowie die verschiedenen DigitalPakte enthalten. Damit werden Möglichkeiten für die Zukunft entwickelt. Weiterhin gebe es finanzielle Ansätze für den Klimaschutz sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, um das Thema Ortsentwicklung voranzubringen. Nichtsdestotrotz weise er auf die Risiken im Kreishaushaltsplan 2021 hin. Er zeichne ein Defizit von rund 3 Mio. Euro aus. Eine

Umlagenerhöhung sei im nächsten Jahr nicht vorgesehen. Große Investitionen seien ebenfalls Inhalt des Kreishaushaltsplan 2021. Er appelliere an die zukünftige Landesregierung, dass im Bereich der Bauprogramme der formelle Verwaltungsaufwand beschränkt werden solle. Aktuell gebe es zum Teil Vorlaufzeiten von bis zu 3 Jahren. Dies sei nicht mehr zeitgemäß und bündle eine Menge Personalkapazitäten. Es seien insgesamt Chancen und Risiken mit den vorgelegten Unterlagen verbunden. Zwei weitere Risiken seien einerseits die Abwicklung von Soziallasten sowie die Gestaltung der künftigen Kindertagesstätten-Planung. Chancen hingegen seien, dass die Bundesmittel für den öffentlichen Gesundheitsdienst noch ausstehen, sowie die Mittel für den Digitalpakt noch nicht auf der Einnahmenseite verbucht seien. Der Vollzug des Kreishaushaltsplans 2021 sei noch mit Vorbehalt versehen. Weiterhin sei ein umfangreicher Stellenplan darin enthalten. Die allgemeinen Bürgerdienstleistungen sollen beibehalten werden. Er bitte die Mitglieder des Kreistages um Zustimmung. Der Kreishaushaltsplan 2021 sei effizient und gut durchdacht.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) informiert, dass der Fehlbetrag nach der Änderungsliste rund 3 Mio. Euro betrage. Auf der Einnahmenseite seien rund 247 Mio. Euro und auf der Ausgabenseite rund 250 Mio. Euro zu verzeichnen. Die Nettoneuverschuldung betrage rund 21,8 Mio. Euro, die Liquiditätskredite belaufen sich auf rund 2,2 Mio. Euro. Der Gesamtschuldenstand steigere sich auf rund 177 Mio. Euro. Die Liquiditätskredite spiegeln wider, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert seien. Es sei eine höhere Unterstützung des Landes notwendig. Die CDU-Kreistagsfraktion werde keine Senkung der Kreisumlage beantragen. Falls im Laufe des Jahres höhere Zuweisungen des Landes an den Landkreis überwiesen werden, müsse in einem Nachtrags-haushalt über eine Senkung der Kreisumlage beraten werden. Der kommunale Finanzausgleich sei einem kürzlich ergangenen Urteil zufolge verfassungswidrig. § 49 Abs. 6 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung halte für die Gemeinden fest, dass die zur Erfüllung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs seitens des Landes zusichere. Der Landesregierung sei eine Übergangsfrist eingeräumt worden. Weiterhin gehe die Aufforderung an die Verwaltung, für den Kreishaushaltsplan 2022, immer im Angesicht der dann herrschenden Rahmenbedingungen, eine Umlagensenkung vorzusehen. Die CDU-Kreistagsfraktion begrüße die im Kreishaushaltsplan 2021 veranschlagte Weiterleitung der Integrationspauschale in Höhe eines Drittels. Die CDU-Kreistagsfraktion beantrage, dass ein Teil der dem Landkreis vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie an die Verbandsgemeinden des Landkreises i. H. v. insgesamt rund 870.000 Euro weitergeleitet werden sollen. Der Landkreis und die Verbandsgemeinden haben aufgrund der Corona-Pandemie erhöhte Ausgaben zu verzeichnen. Er könne sich vorstellen, dass die Verbandsgemeinden jeweils einen Pauschalbetrag i. H. v. 20.000 Euro erhalten. Zusätzlich werde nach dem Einwohner-schlüssel 5 Euro pro Einwohner berechnet. Der Stellenplan sehe 30 neue Stellen vor. In den vergangenen Jahren seien eine Menge zusätzlicher Stellen hinzugekommen. Diese Linie könne künftig nicht fortgeführt werden. Dennoch werde die CDU-Kreistagsfraktion dem Stellenplan zustimmen, da unter anderem einige Stellen für den öffentlichen Gesundheitsdienst vorgesehen seien. Ferner stimme die CDU-Kreistagsfraktion explizit der ausgewiesenen Stelle des

Jugendamtes zu. Die Stellenbeschreibung sehe einige Dinge vor, über die der Jugendhilfeausschuss im kommenden Herbst informiert werden solle. Weiterhin beantrage die CDU-Kreistagsfraktion, eine weitere Stelle im Bereich des Ordnungsamtes der Kreisverwaltung zu schaffen. Er bitte sich dahingehend mit den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden abzustimmen. Einen Schwerpunkt dieses Kreishaushaltsplanes 2021 bilde der öffentliche Personennahverkehr. Wenn die beschlossenen Linienbündel in diesem Jahr beginnen, dann sei der Landkreis in diesem Bereich hervorragend ausgestattet. Er bedanke sich bei den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit. Beim Zweckverband VRT sei noch Verbesserungsbedarf. Dieses Thema könne in einer Sitzung des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr beraten werden. Ein großer Teil der Investitionen des Landkreises fließe in verschiedene Schulbauprogramme. Im Bereich der Kindertagesstätten müsse der Landkreis rund 28 Mio. Euro zuschießen. In den vergangenen Jahren sei an dieser Stelle vorbildliche Arbeit geleistet worden. Ein weiterer Antrag seitens der CDU-Kreistagsfraktion richte sich angesichts des partnerschaftlichen Verhältnisses mit der Stadt Trier hinsichtlich der Interventionsstelle sowie dem Frauennotruf. Die jetzigen Haushaltsmittel i. H. v. 7.000 Euro sollen auf 10.000 Euro erhöht werden. Er danke der gesamten Verwaltung für die ganzjährig hervorragend geleistete Arbeit. Zusammenfassend könne er festhalten, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Kreishaushaltsplan 2021 zustimme.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) geht darauf ein, dass die Haushaltsvolumengrenze von rund 250 Mio. Euro erstmals überschritten werde. Ob ein Nachtragshaushaltsplan im Laufe des Jahres notwendig werde, werde die weitere Entwicklung zeigen. Es gebe einige Unbekannte innerhalb des Kreishaushaltsplan 2021. Je nach finanzieller Zuweisung an den Landkreis könne auch nach dem 30.06. eines Jahres über eine Kreisumlagensenkung beraten werden. Die SPD-Kreistagsfraktion sei der Meinung, dass der vorgelegte Kreishaushaltsplan 2021 die Balance zwischen dem Machbaren und dem Wünschenswerten halte. Hinter dem Landkreis Kusel sei der Landkreis Trier-Saarburg der Landkreis mit den geringsten eigenen Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz. In anderen Bereichen könne sich der Landkreis jedoch durchaus sehen lassen. Die Ausstattung mit Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs sei nicht so schlecht gewesen, wie es zum Teil dargestellt worden sei. Die Auswirkungen des Urteils zum kommunalen Finanzausgleich bleiben abzuwarten. Deutliche Steigerungen der Aufwendungen sowie Ausgaben verzeichne der Landkreis im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs in der Schülerbeförderung, im Bereich der Personalkosten der Kindertagesstätten, einschließlich des neu geschaffenen Sozialraumbudgets, beim Bauunterhalt sowie bei den Personalaufwendungen. Die zusätzlich angelegten Haushaltsmittel seien zukunftsorientiert angelegt. Die größten Posten im Kreishaushaltsplan 2021 seien erwartungsgemäß die Teilhaushalte 7 (Jugend) und 8 (Soziales). Der Bund nehme künftig weitere finanzielle Mittel in die Hand, um bspw. bei den Kosten der Unterkunft 75 Prozent der Kosten zu übernehmen. Dieser Fakt könne die kommunalen Haushalte entlasten. Ein Risiko des Kreishaushaltsplans 2021 liege im Bereich der Kindertagesstätten, unter anderem durch das am 01.02.2021 in Kraft tretende Kita-Zukunftsgesetz. Abzuwarten bleibe die Haltung des Bistums Trier, welches Träger einer beachtlichen Zahl an Kindertagesstätten sei. Sie hoffe, dass sich die Kirche nicht weiter aus diesem Be-

reich zurückziehe. Sie bedanke sich ausdrücklich für die geleistete Arbeit der Verwaltung. Sie befürworte eine Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen der Kreisverwaltung. Das Gesamtvolumen des Investitionshaushaltes gliedere sich in die Bereiche Kreisstraßen (rund 6,4 Mio. Euro) sowie Breitbandausbau und größtenteils in die kreiseigenen Schulen (rund 23 Mio. Euro). Hierbei seien die Landesförderungen zu berücksichtigen. Die Verschuldung steige hingegen auf rund 153 Mio. Euro. Eine interessante Beobachtung könne bei der Verschuldung im Verhältnis zum Guthaben gemacht werden. Wenn diese Entwicklung so weiter verlaufe, könne der Landkreis 2022 aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds aussteigen. Beim Stellenplan halte sie die Personalintensität für angemessen und gerechtfertigt. Die neu geschaffenen Stellen seien gut begründet. Zum Thema Beförderungen und Höhergruppierungen könne sie sagen, dass es nicht Aufgabe der Kreisgremien sei, Einfluss darauf zu nehmen. In der Regel tragen die Gremien die Personalentscheidungen kritiklos mit. Diese Vorgehensweise solle auch künftig beibehalten werden. Das Kreiskrankenhaus in Saarburg sei aufgrund der Beteiligung der Landeskrankenhauseinrichtung AÖR in ruhigere Fahrwasser gelangt. Es sei weniger Verlustausgleich in 2020 gezahlt worden, als es zu erwarten war. Die weitere Planung für das Jahr 2021 halte die SPD-Kreistagsfraktion aufgrund von Unwägbarkeiten in Folge der Pandemie für vernünftig. Ferner könne sich die SPD-Kreistagsfraktion den Anträgen der CDU-Kreistagsfraktion anschließen. Im Einzelnen seien dies die teilweise Weiterleitung von finanziellen Mitteln des Landkreises aus den Zuweisungen des Landes an die Verbandsgemeinden. Darüber hinausgehend beantragen sie jedoch die Verbuchung der Mittel im Kreishaushaltsplan 2021: Überdies werden die Anträge zur Schaffung einer weiteren Stelle bei dem Kreisordnungsamt mitgetragen. Diese Stelle sei nach Auskunft der Verwaltung problemlos hinzufügbare, da das Personalbudget damit aufgrund von derzeitigen Stellenunbesetzungen nicht weiter belastet werde. Die Bußgeldstelle solle gestärkt werden. Die Aufstockung der finanziellen Mittel für den Frauennotruf auf 10.000 Euro werde die SPD-Kreistagsfraktion mittragen. Überdies beantragen sie allerdings, dass die Istanbul-Konvention sowie ihre Folgen in den dafür zuständigen Ausschüssen beraten werde. Sie bitte ausdrücklich um Zustimmung zu den dargelegten Anträgen.

Kreistagsmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen) geht darauf ein, dass mit dem zugrunde liegenden Kreishaushaltsplan 2021 ein Spagat zwischen einer gewissen Normalität und den Auswirkungen der Corona-Pandemie versucht werde. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion stimme dem Kreishaushaltsplan mitsamt dem Stellenplan zu, um die Kommunen arbeitsfähig zu halten. Künftig solle die Förderung der Kultur stärker im Fokus der Kommunen stehen, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Andererseits stehen dringend notwendige Investitionen im Kreishaushaltsplan 2021 zu Buche. Es sei wichtig in den Bauunterhalt zu investieren, um einen Verfall der kreiseigenen Immobilien zu verhindern. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs habe es auf Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion einen wichtigen Beschluss gegeben, um die Stehplätze für Schüler/innen auf 50 Prozent zu reduzieren. Statt das Land um eine Änderung des Schulgesetzes zu bitten, solle stattdessen um eine finanzielle Unterstützung gebeten werden. Die Corona-Pandemie habe viele Bereiche des öffentlichen Lebens digital weiter vorangebracht. Die Einnahmen durch eine neu eingerichtete Pflegeschule an der Be-

rufsbildenden Schule in Saarburg wirken sich künftig positiv auf den Kreishaushalt aus. Die Investitionen in die kreiseigenen Schulen sowie in die Ausbildung junger Menschen ermöglichen eine chancengerechte Bildung. Dieser Bereich habe einen besonders hohen Stellenwert für die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion. Bildung sei mit Nachhaltigkeit verbunden. Der Nachhaltigkeitsbegriff sei inzwischen sehr strapaziert. Er beinhalte den Naturschutz sowie die zukünftige Lebensweise der Menschen. Die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzmanagers ziehe sich weiter hin. Bisher sei keine Mehrheit zu diesem Thema im Kreistag gefunden worden. Es gebe eine Politik jenseits der betriebswirtschaftlich gedachten Haushaltspläne. Im Jahr 2019 sei ein Beschluss zur finanziellen Unterstützung des Kreiskrankenhauses in Saarburg gefasst worden, der sich im Nachhinein positiv in der jetzigen Situation bemerkbar mache. Die 13 neuen Stellen im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes seien aus Sicht der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion sehr zu begrüßen. Der Landkreis Trier-Saarburg sowie die Region seien bisher verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen. Dieser Fakt sei ein Verdienst der Menschen, die sich weitestgehend vorbildlich verhalten haben. Ein Dank richte er an alle handelnden Verantwortlichen. Die Nähe zu Luxemburg bedürfe weiterhin der regionalen gegenseitigen Unterstützung, nachdem im vergangenen Frühjahr die Grenzen geschlossen worden seien. Diese Akteure haben sich anschließend Gehör verschafft. Infolgedessen sei von höchster Stelle angefragt worden, bevor weitere Maßnahmen beschlossen worden seien. In diesem Zuge sei es nachhaltig, wenn die Region in allen Bereichen grenzüberschreitend vernetzt sei. Er appelliere an den Kreistag, dass er sich klar zum Umwelt- und dem Klimaschutz bekenne. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion werde dem Kreishaushaltsplan 2021 sowie dem Stellenplan zustimmen. Ein Dank für die geleistete Arbeit richte er an die Verwaltung. Dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Erhöhung der finanziellen Mittel für den Frauennotruf werde die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) merkt eingangs an, dass er sich aufgrund der Corona-Pandemie in seiner Haushaltsrede auf grundsätzliche Aspekte beschränken wolle. Im Vergleich zu Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre habe die Corona-Pandemie in beinahe allen Bereichen ihre Spuren hinterlassen. Die erlassenen Maßnahmen haben Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Land. Einen aufrichtigen Dank spreche die FWG-Kreistagsfraktion der Verwaltung für die geleistete Arbeit aus. Besonders hervorheben wolle er dabei das Gesundheitsamt, deren Mitarbeitende sich seit einem Jahr selbstlos in den Dienst des Bevölkerungsschutzes stellen. Weiterhin danke er allen, die im Rahmen der Corona-Pandemie außergewöhnliches geleistet haben. Die Verwaltung habe versucht, die notwendigen Abläufe so gut es möglich war, unter Coronabedingungen aufrecht zu erhalten. Das gemeinsame Impfzentrum mit der Stadt Trier stehe mit seiner Funktionalität landesweit im Ranking weit oben. Die derzeitigen Inzidenzwerte seien eine Folge aus der in der Region verhältnismäßig gut verlaufenen Krise. Zum Kreishaushaltsplan könne er sagen, dass die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie maßgeblich die Kreishaushaltspläne mittelfristig beeinflussen werde. Indes sei nicht absehbar, ob die Pandemie eine Verschärfung der finanziellen Strukturprobleme in Rheinland-Pfalz zur Folge habe. Die Unterfinanzierung der Kreise nehme aktuell wieder zu. Es sei in der Bundesrepublik vermutlich ein-

malig, dass die Kommunen im Land die kommunale Finanzausstattung einer gerichtlichen Überprüfung unterziehen lassen und sogar Erfolg haben. Die Kreisumlage solle unangetastet bei 44 Prozent belassen werden. Der größte Ausgabenblock bleiben weiterhin die Sozialleistungen. Positiv zu erwähnen sei, dass die finanzielle Erstattung durch die Kostenträger anteilig zugenommen habe. Die FWG-Kreistagsfraktion begrüße es, dass die geringer werdenden Zuweisungen der Integrationspauschale für den Landkreis zu 33 Prozent an die Verbandsgemeinden weitergeleitet werden. Ferner unterstütze die FWG-Kreistagsfraktion die Forderung der Verbandsgemeinden, dass die finanziellen Mittel des Landkreises zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zum Teil an sie weitergeleitet werden. Der Pauschalbetrag von 20.000 Euro je Verbandsgemeinde, sowie zusätzlich 5 Euro pro Einwohnendem sei vertretbar. Dem begründeten Stellenplan werde ebenfalls zugestimmt. Einige Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes können durch ein bundesweites Programm refinanziert werden. Besonders hervorheben wolle der die neu eingerichtete Stelle im Bereich des Jugendamtes. Hierdurch könne bedarfsorientiert gehandelt werden und somit eine Zukunftsperspektive für die Jugendlichen entstehen. Die zusätzliche Stelle für das Kreisordnungsamt unterstütze die FWG-Kreistagsfraktion. Bei allen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie dürfe nicht der Umwelt- und Klimaschutz vergessen werden. Die FWG-Kreistagsfraktion wünsche sich ein noch entschlosseneres Handeln in diesem Bereich. Die Einstellung eines Klimaschutzmanagers solle möglichst in diesem Jahr realisiert werden. Ferner schließe sich die FWG-Kreistagsfraktion dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion bzgl. des Frauennotrufs an. Abschließend wolle er sich bei allen Kreistagsmitgliedern für das gute sachliche und persönliche Miteinander bedanken. Die FWG-Kreistagsfraktion werde dem Kreishaushaltsplan 2021 unter Berücksichtigung der Anträge zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) schildert anfangs, dass die Kreisverwaltung nicht wie ein mittelständisches Unternehmen geführt werde. Im Kreishaushaltsplan 2021 seien einige Notwendigkeiten aufgeführt, die vorrangig umgesetzt werden müssen. Der diesjährige Stellenplan sei sehr umfassend und finde die Zustimmung der FDP-Kreistagsfraktion. Die Investitionen in die kreiseigenen Schulen sowie der Bauunterhalt bereiten ihm auf das nächste Jahrzehnt beträchtliche Sorgen. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs sei ein deutlicher Schritt nach vorne gemacht worden. Es bleibe zu hoffen, dass die neuen Verbindungen möglichst gut von der Bevölkerung frequentiert werden. Die Finanzierung in diesem Bereich werde den Landkreis wahrscheinlich künftig weiter beschäftigen. Die Situation beim Kreiskrankenhaus habe sich positiv entwickelt. Dennoch plädiere er für eine nationale bzw. länderübergreifende Lösung, um die ländliche Daseinsversorgung künftig sicherzustellen. Bislang habe der Landkreis die Corona-Krise gut überstanden. Eine Senkung der Kreisumlage komme für die FDP-Kreistagsfraktion nicht in Frage, da es in den nächsten Jahren anspruchsvolle finanzielle Aufwendung seitens des Kreises zu bewältigen gebe. Es müsse weitergehende Beratungen geben, inwiefern die kommunalen Haushalte zu konsolidieren seien. Ein Dank gehe an die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit. Die FDP-Kreistagsfraktion stimme dem Kreishaushaltsplan 2021 zu.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) gibt an, dass die Die Linke-

Kreistagsfraktion dem Stellenplan zustimme, jedoch könne sie dem Kreishaushaltsplan 2021 nicht zustimmen. Es seien gut dotierte Stellen beinhaltet. Sie habe ein Problem damit, dass Personalentscheidungen von Personen getroffen werden, die finanziell gut gestellt seien. Der Landkreis nehme seine öffentliche Vorbildfunktion als Arbeitgeber aus ihrer Sicht nicht wahr. Aus diesem Grund stelle die Die Linke-Kreistagsfraktion den Antrag, dass eine Rekommunalisierung der Reinigungsleistungen geprüft werden sollen. Bisher werden sämtliche Leistungen von einem Unternehmen durchgeführt. Es liege hierbei keine nachhaltige Bewirtschaftung vor. Gut bezahlte Arbeitsstellen kommen dem regionalen Wertschöpfungskreis immer zugute. Dieses Unternehmen habe keinen guten Ruf. Eine Verwaltung sei so gut, wie sie ihre Mitarbeitenden bezahlen könne. In Bereich des Klimaschutzes stimme die Die Linke-Kreistagsfraktion der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion zu, dass es hierbei zu langsam vorgehe. Der Umweltausschuss könne dahingehend regelmäßiger tagen. Es erscheine beinahe so, dass die Mehrheit des Kreistages nicht am Klimaschutz interessiert sei. Erfreulich hingegen seien die Anträge zur Unterstützung des Frauennotrufs. Jedoch könne sich der Landkreis in diesem Bereich deutlich stärker engagieren. Auf Nachfrage sei der Beratungs- und Betreuungsbedarf im Laufe des letzten Jahres um rund 20 Prozent gestiegen. Es sei ein strukturelles Problem, dass der Frauennotruf und die Interventionsstelle eigenwirtschaftlich arbeiten müssten. Aus diesem Grund beantrage die Die Linke-Kreistagsfraktion eine Erhöhung der finanziellen Mittel auf 15.000 Euro jährlich für den Frauennotruf sowie die Interventionsstelle.

Kreistagsmitglied **Trösch** (BfB) spricht an, dass erneut höhere Einnahmen bei gleichbleibendem Umlagensatz im Kreishaushaltsplan 2021 eingeplant seien. Auf der Ausgabenseite stehen die sich jährlich wiederholenden bekannten Posten. Investitionen in Sanierungs- und Bautätigkeiten sorgen für eine gesunde künftige Infrastruktur. Dies verursache im Kreishaushaltsplan die Berücksichtigung von Mehraufwand beim Personal und hohen sonstigen Ausgabeposten. Auffällig sei dennoch der Personalaufwuchs um rund 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Gründe seien unter anderem die Corona-Pandemie sowie die Funktionalitätserweiterungen von Gesetzesvorgaben. Hervorzuheben sei die positive Entwicklung des Landkreises Trier-Saarburg. Der Preis für eine verbesserte Infrastruktur sei ein Anstieg der Schulden. Je mehr sich eine Kommune verschulde, desto geringer werde ihr Handlungsspielraum zur Bewältigung von künftigen Herausforderungen. Die aktuelle Anzahl der Mitarbeitenden in der Verwaltung von rund 500 solle nicht weiter steigen. Ein dennoch funktionaler Mehrbedarf sei durch geeignete Rationalisierungspotenziale wie bspw. die digitale Transformation in der freien Wirtschaft auszugleichen. Ferner sei die Alterspyramide zu berücksichtigen. Er werde dem Kreishaushaltsplan 2021 unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Ergänzungen zustimmen. Falls es die reale Haushaltsentwicklung es frühzeitig erkennen lasse, könne in einem Nachtragshaushalt über eine Umlagensenkung beraten werden.

Der **Landrat** erklärt rückblickend, dass er sich für die sachliche Betrachtung des Kreishaushaltsplans 2021 bedanke. Die Bedeutung des Kreiskrankenhauses sei im Laufe des vergangenen Jahres deutlich geworden. In einer am heutigen Tag erlassenen Verordnung durch den Bundesgesundheitsminister würde er darum bitten, dass die regionalen Krankenhäuser darin mehr finanzielle Be-

rücksichtigung finden. Der kommunale Finanzausgleich werde durch das Urteil im Hinblick auf die Transparenz in der Mittelzuweisung neugestaltet. Er gehe davon aus, dass das Nahverkehrsgesetz aufgrund der fehlenden Darstellung der Folgewirkung ebenfalls beklagt werde. Zu den Anträgen der Kreistagsfraktionen könne er sagen, dass die Verbuchung der weiterzuleitenden Mittel an die Verbandsgemeinden auf die Haushaltsjahre 2020 oder 2021 intern beraten werden müsse. In morgiger Bürgermeisterdienstbesprechung könne über Details beraten werden. Die Einrichtung der Stelle beim Kreisordnungsamt werde ferner bei der morgigen Bürgermeisterdienstbesprechung detailliert abgestimmt. Zur Rekommunalisierung der Reinigungsleistungen werde in diesem Jahr ohnehin über die Neuvergabe von Reinigungsleistungen in den Kreisgremien beraten.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) betont, dass über die Vergabe von Reinigungsleistungen bereits ausführlich in einer Kreisausschusssitzung in der Vergangenheit beraten worden sei.

Im Hinblick auf eine Senkung der Umlage könne zu gegebenen Zeit beraten werden, so der **Vorsitzende**.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgende Beschlüsse.

Beschluss:

Der Kreistag fasst den endgültigen Beschluss über die Haushaltssatzung des Landkreises für das Haushaltsjahr 2021 bei einem unveränderten Hebesatz der Kreisumlage von 44 %, mit dem Haushaltsplan und den dazugehörigen Anlagen, einschließlich der beigefügten Änderungsliste.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 42 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen sowie 1 Gegenstimme

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einen Teil der dem Landkreis vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nach folgender Berechnungsgrundlage an die Verbandsgemeinden des Landkreises weiterzuleiten:

1. einen Pauschalbetrag von 20.000 Euro je Verbandsgemeinde
2. zusätzlich einen Betrag von 5 Euro je Einwohner (Landkreis insg. 149.363 Einwohnende per Stichtag 30.11.2019) der jeweiligen Verbandsgemeinde

In der Summe ergibt dies einen weiterzuleitenden Gesamtbetrag für den Landkreis i. H. v. rund 870.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 5 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt im Rahmen des Stellenplans die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Kreisordnungsbehörde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 44 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Ablehnung des Antrages der Die Linke-Kreistagsfraktion zur Erhöhung der Zuweisung für den S.I.E. e.V. Trier als Träger des Frauennotruf und der Interventionsstelle Trier auf jährlich 15.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 36 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, den S.I.E. e.V. Trier als Träger des Frauennotrufs und der Interventionsstelle Trier künftig mit einem erhöhten Gesamtbetrag von 10.000 Euro pro Jahr zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Ablehnung des Antrags der Die Linke-Kreistagsfraktion zur Rekommunalisierung von Reinigungsleistungen, da es ohnehin in diesem Jahr in den Kreisgremien beraten wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 38 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen und 1 Gegenstimme

9. Informationen und Anfragen

9.1. Information über eine Eilentscheidung - Zahlung von Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege; Vorlage: 0015/2021

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Die **Kreistagsmitglieder** nehmen die Informationen zur Kenntnis.

9.2. Information über eine Eilentscheidung - Fortzahlung der Entgelte im Bereich Kindertagespflege; Vorlage: 0016/2021

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Die **Kreistagsmitglieder** nehmen die Informationen zur Kenntnis.

9.3. weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) fragt an, ob inzwischen ein Notfallplan bei einer Gefahrenlage hinsichtlich des Tanklagers für die Obermosel im Bereich Temmels seitens der Verwaltung ausgearbeitet worden sei.

Der **Landrat** teilt mit, dass dieser Plan bereits ausgearbeitet worden sei. In einer morgigen Videokonferenz mit dem Kreisfeuerwehrinspekteur könne dieses Thema gerne aufgegriffen werden.

Ferner informiert der **Landrat** über den heutigen Hangrutsch der Kreisstraße zwischen Kordel und dem Ortsteil Hochmark. Weitergehende Informationen liegen derzeit seitens des Landkreises nicht vor.

Kreisausschussmitglied **Klever** (FWG) bringt ein, dass im Rahmen der Müllsammmlung inzwischen eine große Menge an Mehrstunden seitens der Mitarbeitenden der Verbandsgemeindeverwaltung Konz aufgewendet werden mussten. Der Bauhof habe in der Vergangenheit lediglich freitags den Müll eingesammelt. Inzwischen fahren die Mitarbeitenden beinahe täglich, um den anfallenden Müll zu beseitigen. Die gesamte Müllbeseitigungsthematik müsse nachjustiert werden.

Der **Landrat** merkt an, dass zu einer der nächsten Kreisausschusssitzungen ein Vertreter des Zweckverbandes ART eingeladen werden oder der Zweckverband eine schriftliche Stellungnahme einbringen könne. Er müsse aber auch so deutlich sagen, dass es zum Teil an der Bevölkerung liege, dass der Müll nicht sachgemäß entsorgt werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)